

Konflikt um Flüchtlingsunterkunft an der Thielallee

Lesen Sie über den Wirbel um Flüchtlingscontainer an der FU in Berlin-Dahlem. Widerstand gegen Senatspläne und Spott im Netz. Die "woke Fassade bröckelt".
#FU #Flüchtlingsunterkunft #Berlin

An der Freien Universität Berlin (FU) gibt es Aufregung über die geplante Errichtung eines Containerdorfs für Flüchtlinge auf einem Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem. Das Land Berlin plant, auf der brachliegenden Fläche ein Unterkunftsgebäude für 260 Flüchtlinge zu errichten, während die Universität selbst das Areal für den Bau eines Gebäudes für Lehre und Forschung vorgesehen hat. Der Flüchtlingskoordinator Berlins, Albrecht Broemme, informierte die FU-Kanzlerin Andrea Güttner über die Pläne, stieß jedoch auf Widerstand seitens der Universität, die betonte, dass die Fläche nicht für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet sei.

Präsident Günter Ziegler beklagte, dass die Hochschulleitung nicht in die Entscheidung über die Nutzung des Grundstücks einbezogen wurde und von den Senatsplänen nur aus der Zeitung erfuhr. Berlins Flüchtlingskoordinator betonte, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf brachliegenden Flächen eine temporäre Lösung darstellt, bis die geplanten Gebäude errichtet sind. Es ist jedoch noch zu klären, ob es naturschutzrechtliche Bedenken bezüglich des Standorts gibt.

Die geplante Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern in Berlin, wie vom Senat beschlossen, verdeutlicht die angespannte Situation in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt. Die Standorte konzentrieren sich vor

allem auf den Ostteil Berlins, wobei Pankow bereits einen Großteil der hauptstädtischen Flüchtlinge aufnimmt. Der Widerstand gegen die geplanten Unterkünfte zeigt sich nicht nur in vornehmen Stadtteilen wie Dahlem oder am Wannsee, sondern auch in anderen Bezirken, wo Anwohner mitunter die geplante Nutzung von Gebäuden für Flüchtlinge verhindern.

Die Diskussionen rund um die geplanten Flüchtlingsunterkünfte am Standort der FU Berlin haben auch in den sozialen Medien zu Kommentaren geführt. Einige Nutzer kritisieren die Universität für ihren vermeintlichen Widerstand und hinterfragen die vermeintliche Weltoffenheit und Toleranz der Institution. Dabei wird insbesondere die Diskrepanz zwischen der Unterstützung von bestimmten gesellschaftlichen Anliegen und der ablehnenden Haltung gegenüber der Flüchtlingsunterbringung thematisiert.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de